

**ANTRÄGE DER CDU BERLIN-MITTE:
ERARBEITET AUF DEM „KONGRESS SOZIALE STADT 2018“;
BESCHLOSSEN DURCH DEN KREISVORSTAND DER CDU
MITTE**

ANTRAG VERPFLICHTENDE SCHULEINGANGSUNTERSUCHUNG

Die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin und die CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag mögen prüfen, ob Eltern, die ihre Kinder nicht zur Schuleingangsuntersuchung bringen, eine Geldbuße auferlegt werden könne. Bei Empfängern von ALG-II-Leistungen solle geprüft werden, ob die Geldbuße direkt vom ALG-II-Satz abgezogen werden könnte.

Begründung:

Die Schuleingangsuntersuchung ist ein wichtiger Indikator zur Einschulung eines Kindes. Kinder, die diese Untersuchung nicht absolvieren, können in der Schule Probleme haben und ggf. die Gesamtleistung einer Klasse beeinflussen. Außerdem können im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung eventuelle körperliche oder geistige Fehlentwicklungen erkannt und frühzeitig behandelt werden. Daher ist es besonders wichtig, dass diese Untersuchungen durchgeführt werden. Um Eltern, die sich dieser Untersuchung verweigern, zu verpflichten, diese durchführen zu lassen, müssen auch finanzielle Sanktionen in Betracht gezogen werden.

ANTRAG: MEHR MÄNNLICHE PFLEGEKRÄFTE

Die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin und die CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag mögen sich für Werbekampagnen einsetzen, die Männern den Pflegeberuf im Land Berlin und im Bund näher bringen.

Begründung:

Der Pflegeberuf wird weitestgehend von Frauen ausgeübt. Dabei wird zum Beispiel für das Heben von zu pflegenden Patienten erhebliche körperliche Kraft benötigt oder so lassen sich zum Beispiel männliche Patienten eher von männlichem Pflegepersonal versorgen. Für eine bessere Pflege möge gezielt versucht werden, Männer für den Pflegeberuf zu begeistern.

ANTRAG: BEFRISTESTES ARBEITSVISUM FÜR PFLEGEKRÄFTE

Wir fordern die CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag auf, sich für ein spezielles befristetes Visum zur Arbeitssuche für ausgebildete ausländische Pflegekräfte einzusetzen.

Begründung:

Bereits jetzt kommen viele Pflegekräfte in Deutschland aus dem (oftmals europäischen) Ausland. Der Bedarf an weiterem Pflegepersonal ist nach wie vor sehr hoch und lässt sich durch neu-ausgebildete, inländische Fachkräfte nicht decken. Aus diesem Grund sind weitere Anstrengungen nötig, gut ausgebildetes Pflegepersonal auch aus dem Ausland zu gewinnen.

ANTRAG: ATTRAKTIVITÄT DER PFLEGE

Die CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag möge prüfen, wie besonders für Fachkräfte die Attraktivität der Pflegeberufe erhöht werden könne. Die Attraktivität des Pflegeberufes misst sich nicht allein an der Höhe des Gehaltes, sondern insbesondere auch an Fragen der Kompetenzen/Weiterbildungs-Chancen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der gesellschaftlichen Anerkennung und der Work-Life-Balance insgesamt.

Begründung:

Es braucht innovative und vielseitige Ansätze um die Pflegekrise zu meistern. Die Erhöhung der Attraktivität in der Pflege ist ein möglicher Weg.

ANTRAG: BESSERE BEZAHLUNG

Die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin und die CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag sollen sich bei der Mindestlohnkommission und bei den Landeseinrichtungen zur Pflege dafür einzusetzen, dass die Entlohnung von Fachkräften in der Altenpflege denen in der Krankenpflege mindestens angepasst wird.

Begründung:

Fachkräfte der Altenpflege verdienen ca. 30% weniger als ihre Kollegen in der Krankenpflege. Dies ist kein haltbarer Zustand. Hier muss eine Angleichung vorgenommen werden.